Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

**Zukunft sichern: Forderungen des Bäckerhandwerks zur Bundestagswahl 2025**

Das Bäckerhandwerk ist mit über 9.000 Betrieben, einem Umsatz von 17,55 Mrd. Euro und 235.200 Beschäftigten ein bedeutender Wirtschaftszweig und Teil des deutschen Kulturerbes. Es braucht jetzt eine wirtschafts-, steuer- und sozialpolitische Neuausrichtung, um Bäckereien angesichts immer weiter zunehmender Regulierung, überzogener Bürokratie, Fachkräftemangel, hoher Energiekosten und unlauterem Wettbewerb zu entlasten. Ziel muss eine Verbesserung der Rahmenbedingungen sein, um kleine, mittelständische, ebenso wie große Unternehmen in Deutschland zu halten, wirtschaftliches Wachstum und Unternehmergeist zu fördern, die handwerkliche Vielfalt zu sichern und den Begriff "Bäckerei" zu schützen. Die Politik ist gefordert, mit schnellen Reformen – etwa im Arbeitszeitgesetz, Bildungssystem, in der Sozialversicherung und bei der Fachkräftegewinnung – die Zukunft des Bäckerhandwerks zu sichern. Unterstützende Maßnahmen zur Weiterbildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind entscheidend, um Betriebe fit für die Zukunft zu machen. Im Einzelnen:

**1. Deregulierung und Bürokratieabbau für den Erhalt von Betrieben und eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit**

Die Bürokratiebelastung für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) hat ein nicht mehr hinnehmbares Niveau erreicht und stellt für viele Betriebe eine existenzielle Bedrohung dar. Laut einer DIHK-Studie verbringen KMU durchschnittlich 12 Stunden pro Woche mit bürokratischen Aufgaben, was ihnen dringend benötigte Ressourcen für die Erledigung ihrer Kernaufgaben, für Innovation und Wachstum entzieht. Das „Bürokratieentlastungsgesetz IV“ war zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus, um eine spürbare Entlastung für KMU im betrieblichen Alltag mit sich zu bringen. Zudem wirken neue Regulierungen – wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, die EU-Entwaldungsverordnung oder die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung – den Entlastungen entgegen. Weitere konkrete Schritte wie der **Abbau von Dokumentationspflichten** und die **Verhinderung neuer bürokratischer Auflagen** sind dringend notwendig. Deutschland braucht unverzüglich ein **Bürokratie-Moratorium und Deregulierung**, um die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes und damit letztlich die wirtschaftliche Basis Deutschlands zu sichern. Praxischecks können ein wirkungsvolles Instrument sein, um bürokratische Belastungen im Zusammenhang des betrieblichen Alltags zu identifizieren und spürbare Entlastungsmaßnahmen zu erarbeiten.

**2. Chancengleichheit in der Arbeitszeit - für ein modernes Arbeitszeitrecht an Sonn- und Feiertagen**

Zurzeit dürfen Handwerksbäckereien Beschäftigte an Sonn- und Feiertagen für maximal drei Stunden mit der Herstellung oder dem Ausfahren von Backwaren beschäftigen. Das reicht heutzutage immer weniger aus. **Die Arbeitszeit für Beschäftigte im Bäckerhandwerk an Sonn- und Feiertagen muss dringend von drei auf acht Stunden verlängert werden**. Nur so können handwerkliche Bäckereien im Wettbewerb mit Tankstellen und Supermärkten bestehen, die rund um die Uhr verkaufen dürfen. Ohne diese Reform drohen gravierende Wettbewerbsverzerrungen, die viele Betriebe in ihrer Existenz gefährden. Frische Backwaren auch an Sonn- und Feiertagen anzubieten, wird von einer Mehrheit der Kunden erwartet und ist entscheidend für das Überleben des Bäckerhandwerks. Hierzu ist eine Anpassung des Arbeitszeitgesetzes notwendig.

**3. Für faire Bedingungen im Bäckerhandwerk beim Mindestlohn**

Der allgemeine Mindestlohn greift in die Tarifautonomie ein, da er unabhängig von regionalen und branchenspezifischen Tarifverträgen festgelegt wird. Dies schwächt die Verhandlungsposition der Tarifparteien und berücksichtigt nicht die regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, was besonders in strukturschwachen Regionen zu erheblichen Problemen führt. Das Bäckerhandwerk fordert, dringend von weiterer Einmischung in die Arbeit der Mindestlohnkommission und weiteren, politisch motivierten Anhebungen des Mindestlohns auf z.B.15 Euro abzusehen. Sie würden viele, gerade

kleinere und mittelständische Betriebe, insbesondere in ländlichen Regionen, weiter unter Kostendruck setzen und in ihrer Existenz gefährden. Um dies zu verhindern, muss die Tarifautonomie respektiert werden und sollte der allgemeine, bundesweite Mindestlohn abgeschafft und durch regionale, branchenspezifische Mindestlöhne ersetzt werden. Auf diese Weise können wichtige Arbeitsplätze und die handwerkliche, regionale Produktion erhalten werden.

**4. Wettbewerbsfähigkeit sichern durch Energieentlastung - Energiekosten absenken**

Wir fordern: Planungs- und Investitionssicherheit! Die Betriebe benötigen klare politische Entscheidungen, mit welchen Energieträgern sie künftig noch backen können, welche Technologien für sie zulässig bleiben und wie und in welcher Höhe diese gefördert werden etc. Verbände und Öffentlichkeit müssen frühzeitiger über pol. Vorhaben informiert, diese transparenter gestaltet und im Fall des Beschlusses längere Übergangsfristen für das Inkrafttreten vorgesehen werden, um die Betriebe frühzeitiger informieren und „mitnehmen" zu können. Zudem braucht es dringend Maßnahmen, um die Energiekosten für kleine und mittelständische Unternehmen zu senken. Zur Gewährleistung langfristiger Planungssicherheit, sollte die Strompreiskompensation über das Jahr 2030 hinaus verlängert werden. Das energieintensive Bäckerhandwerk braucht einen Schutz vor einem erneuten Anstieg der Energiekosten, beispielsweise durch Erhöhung der Netzentgelte oder anderer Umlagen auf den Strompreis. Zudem ist die Förderung von Wasserstoff- und Stromspeichern entscheidend, um eine nachhaltige Energieversorgung zu sichern. Nur durch gezielte Maßnahmen, wie die Sicherung bezahlbarer Strompreise, bleibt das Handwerk wettbewerbsfähig.

**5. Schutz des Bäckerei-Handwerks: Schutz der Begriffe „Bäcker" und „Bäckerei" jetzt!**

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen Handwerksbäckereien klar und transparent von Backshops und Tankstellen unterscheiden können. Der Begriff „Bäcker" und „Bäckerei" darf nicht von Anbieterinnen und Anbietern verwendet werden, die nur Industrieware aufbacken. Eine gesetzliche Regelung hierzu ist überfällig, um echte Handwerksqualität zu schützen und unlauteren Wettbewerb zu verhindern. Wo „Bäcker" oder „Bäckerei" draufsteht, muss auch echtes Handwerk drin sein.

**6. Bargeld erhalten: Sicherheit und Teilhabe für alle!**

Das Bäckerhandwerk fordert den **Erhalt des Bargelds als unverzichtbare Zahlungsmethode** und schlägt dafür konkrete politische Maßnahmen vor. Es muss ein gesetzlicher Anspruch auf Bargeldzahlungen geschaffen werden, der sicherstellt, dass Bargeld in allen Geschäften akzeptiert und die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbrauchergesichert wird. Die Versorgung mit und die Einzahlung von Bargeld muss durch den Erhalt eines flächendeckenden Netzes von Bankfilialen und Geldautomaten gesichert werden – in angemessener Entfernung, sowohl für die Menschen als auch für die Betriebe. Darüber hinaus sollten die stark angestiegenen Gebühren für den Umgang mit Bargeld reguliert werden, um sowohl Unternehmen als auch Verbraucherinnen und Verbraucher vor übermäßigen Belastungen in diesem Bereich zu schützen. Eine öffentliche Sensibilisierungskampagne sollte schließlich die Bedeutung des Bargelds für die Gesellschaft hervorheben und das Bewusstsein in der Politik stärken, um diesen wichtigen Teil der Zahlungsinfrastruktur zu erhalten.

**7. Berufliche Bildung aufwerten: Gleichwertig, praxisnah, zukunftssicher; Bildungssystem reformieren**

Die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung** muss politisch weiter vorangebracht werden. Um dies zu erreichen, fordern wir eine **weitere Verbesserung der Berufsorientierung an allen Schulformen, insbesondere Gymnasien,** die frühzeitig und systematisch das volle Spektrum an Ausbildungsberufen und deren Karrieremöglichkeiten vermittelt. Darüber hinaus müssen mehr **bezahlbare Wohnangebote für Auszubildende** geschaffen werden. Nur so kann die berufliche Bildung als echte Alternative gestärkt und der dringend benötigte Fachkräftenachwuchs im Handwerk gesichert werden.

Die deutsche Wirtschaft und mit ihr das Bäckerhandwerk sind auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Die **allgemeinbildenden Schulen** sollen die **Grundlagen für eine erfolgreiche Ausbildung** legen, kommen dieser Aufgabe jedoch immer weniger nach, wie die **letzte PISA-Studie** belegt: Im Dezember 2023 wurde Deutschland erneut von einem negativen PISA-Ergebnis getroffen. Die von der

OECD veröffentlichten Ergebnisse von 2022 zeigen in allen getesteten Kompetenzbereichen – darunter Lesen und Rechnen – die schlechtesten Leistungen, die bei Fünfzehnjährigen hierzulande je gemessen wurden. Die durch die PISA-Studie erneut beschriebene Bildungsmisere in Deutschland ist eine große Herausforderung für die Betriebe bei der Sicherung ihres Fachkräftenachwuchses. Aber nicht nur schlechte Leistungen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, sondern auch die Bildungslandschaft in Deutschland mit ihren uneinheitlichen Standards, Leistungsanforderungen, Schulfächern, Schulformen und Bildungsabschlüssen erschweren es den Betrieben erheblich, eine realistische und vergleichbare Einschätzung der Leistungsniveaus von Bewerberinnen und Bewerbern vorzunehmen. Die Politik ist gefordert, **Reformen im Bildungssystem** einzuleiten, die die Situation verbessern.

**8. Bonpflicht für Kleinbeträge abschaffen - Betriebe und Umwelt entlasten**

Die Bonpflicht stellt eine unnötige Belastung für Handwerksbetriebe dar, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen wie Bäckereien. Wir fordern eine **praxistaugliche Entlastung durch die Einführung einer Bagatellgrenze von mindestens 10 Euro**. Dies würde nicht nur den bürokratischen Aufwand für Betriebe erheblich reduzieren, sondern auch zur Abfallvermeidung beitragen, da unnötig gedruckte Papierbons vermieden werden. Die bestehenden technischen Sicherheitssysteme in Registrierkassen schützen bereits jetzt ausreichend vor Manipulationen, sodass die strikte Bonpflicht überflüssig ist. Nur so kann Wettbewerbsfähigkeit gesichert und gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

**9. Maut-Befreiung für Handwerksbetriebe**

Fahrzeuge von Handwerksbetrieben werden von Toll Collect trotz bestehender Handwerkerausnahme der Mautpflicht unterworfen. Wir fordern, dass die gesetzlich vorgesehene Mautbefreiung für Handwerksbetriebe klar und eindeutig umgesetzt wird. Statt verwirrender Auslegungen durch Toll Collect sollte allein die Eintragung in die Handwerksrolle als Kriterium gelten. Die Handhabung von Toll Collect führt zu hohen Kosten und weiterer Bürokratie und belastet Handwerksbetriebe unverhältnismäßig. Wir fordern eine **präzise gesetzliche Klarstellung oder ministerielle Anweisung, um die Handwerkerausnahme zuverlässig und rechtssicher zu gewährleisten**.

**10. Mehr Sichtbarkeit und Unterstützung für Unternehmerinnen**

Frauen tragen in jeder Rolle – ob als Unternehmerin, Meisterin, Fachverkäuferin, Gesellin oder Auszubildende – maßgeblich zum Erfolg des Handwerks bei. Die neue Generation gut ausgebildeter Frauen bringt frische Perspektiven in eine zunehmend digitale Handwerkswelt. Ihr Beitrag ist unverzichtbar für die Weiterentwicklung und Modernisierung unserer Branche. Frauen sind ein wichtiger Schlüssel zur Zukunftssicherung des Handwerks. Daher müssen Frauen im Handwerk sichtbarer werden und stärker gefördert werden, vor allem auf dem Weg zur Selbstständigkeit und bei der **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Schwangere Unternehmerinnen brauchen eine bessere Absicherung, damit eine Schwangerschaft kein unternehmerisches Risiko darstellt. Dafür sollten Beratungsangebote ausgebaut und steuerliche Höchstgrenzen für Kinderbetreuungskosten angepasst werden. Zudem sind flexible Lösungen notwendig, um Unternehmerinnen vor und nach der Geburt bei der Betriebsführung zu unterstützen.

**11. Verpackungssteuer stoppen**

Die kommunale Verpackungssteuer, wie sie in Tübingen eingeführt wurde, belastet kleine und mittelständische Betriebe erheblich und führt zu unverhältnismäßigem bürokratischem Aufwand. Bäckereien, die oft auf Einwegverpackungen angewiesen sind, werden dadurch finanziell überfordert, ohne dass ein signifikanter Beitrag zur Müllreduzierung nachgewiesen werden konnte. Hier drohen Gleichheitsverstöße und Regelungschaos, wenn weitere Gemeinden abweichende Regelungen einführen. Eine solche Steuer schafft mehr Probleme als Lösungen und trifft vor allem kleine und mittelständische Unternehmen hart, die Verkaufsstellen in mehreren Gemeinden haben. Es braucht stattdessen **bundesweit einheitliche, wirtschaftlich tragbare Maßnahmen zur Förderung umweltfreundlicher Verpackungen**, die praktikabel sind und die Betriebe nicht zusätzlich belasten.

**12. Entscheidungen aus der Perspektive des Mittelstands und des Handwerks treffen**

Ein großer Teil der überzogenen Regulierung, die Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk belasten und im Bäckerhandwerk schon seit einiger Zeit zu Betriebsaufgaben von an sich zukunftsfähigen Betrieben führen, sind dadurch entstanden, dass jahrelang unbeirrt von wirtschaftsfernen politischen Zielen ausgegangen und die wirtschaftlichen Folgen von der Gesetzgebung auf KMU völlig unzureichend reflektiert wurden. Dies ist eine politische Fehlleitung, die ihr Ende finden muss. **Wirtschaft, Mittelstand, Handwerk und KMU müssen wieder in das Zentrum des politischen Denkens und des Verwaltungshandelns genommen, und jedwede politische Entscheidung muss von ihnen aus gedacht und getroffen werden**. Wenn dies nicht passiert, wird es weiter zu überzogener, praxisuntauglicher Regulierung und weiterem Bürokratieaufbau kommen. Dies würgt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung ab und gefährdet Unternehmen, sondern verschafft auch extremistischen Parteien Zulauf und lässt damit Gefahren für den Fortbestand unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates und unserer Freiheit entstehen. Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk müssen wieder in den Fokus der Politik rücken, da sie das Rückgrat unserer Gesellschaft und die Basis unseres Wohlstandes bilden.

**13. Belastungen durch Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge dürfen nicht weiter steigen**

Die Herausforderungen sind seit längerem bekannt, aber es wurde und wird viel zu wenig dagegen getan: eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast und Sozialversicherungsbeiträge, die immer weiter ansteigen. Wenn wir unseren **Sozialstaat** auch künftig erhalten wollen, sind weitreichende **Reformen** unumgänglich. Ganz oben auf der Aufgabenliste der Politik muss eine **Reform der Sozialversicherungen** stehen, um sie fair, finanzierbar und zukunftsfest auszugestalten. Ohne Reformen in diesem Bereich drohten die Beiträge bis 2035 auf über 48 Prozent zu steigen. Allein der erwartete Anstieg des Zusatzbeitrags der GKV und der Pflegeversicherung wird Betrieben und Beschäftigten 20 Milliarden Euro an Kaufkraft entziehen. Geld, das dann für Investitionen und Konsum fehlen wird. Fehlanreize beim Bürgergeld und Renteneintritt müssen korrigiert werden.

**14. Regelung für Streiks in kritischer Infrastruktur**

Wir fordern eine **gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts, die längere Ankündigungsfristen für Streiks in der kritischen Infrastruktur wie Bahn, Flughäfen, Kliniken und Kitas vorschreibt**. Kurzfristig angesetzte Streiks im Bahnverkehr belasten Unbeteiligte übermäßig, insbesondere junge Auszubildende, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, um ihr Ausbildungsziel zu erreichen und Beschäftigte, die darauf angewiesen sind, um zur Arbeit oder von dieser wieder nach Hause zu kommen. Die Politik will mehr Menschen zum Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr bewegen, doch dies erfordert Verlässlichkeit. Eine klare gesetzliche Grundlage würde sowohl die Interessen der Auszubildenden, Beschäftigten als auch die der betroffenen Betriebe besser schützen.

**15. Anerkennung und Wertschätzung für Arbeit und unternehmerisches Engagement fördern**

Unser Land steht vor einer Richtungsentscheidung: Wollen wir weiter von einem Lebensstandard auf weltweitem Spitzenniveau profitieren? Ist es unsere Absicht, bei den ökonomischen und handwerklichen Standards Weltspitze zu bleiben? Dann führt kein Weg daran vorbei, dass jede und jeder Einzelne und unser Land insgesamt auch die Bereitschaft zu Spitzenleistung entwickeln. Die große Aufgabe ist, von einem Sozialstaat, der seine Treffsicherheit eingebüßt hat, umzusteuern zu einem Klima der Investitionen. Die Devise lautet dabei: Wohlstand erwirtschaften statt umverteilen. Wir müssen eine Image-Kampagne für den Wert der Arbeit einleiten: Anstrengung und die Bereitschaft für Arbeit sind die Voraussetzungen für Wohlstand und diese Richtungsentscheidung muss unser Land wieder treffen. Dabei benötigen wir **viel mehr Wertschätzung für Arbeit und für das Unternehmertum**.

Zukunftsorientierte politische Weichenstellungen sind jetzt nötig, um Bürokratie abzubauen, Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nachhaltig zu sichern.

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.
Stand: 31.10.2024 | zv@baeckerhandwerk.de | Tel.: 030 2064550